

## **Aktuelle Debatte: Was bedeutet Demokratie im Finanzwesen?**

### **Editorial**

**Beat Weber**

In den Jahren vor der Krise wurde das Schlagwort von der Demokratisierung des Finanzwesens in der internationalen wirtschaftspolitischen Debatte vorwiegend zugunsten einer Ausweitung des Finanzsektors gebraucht: Durch eine Liberalisierung und gezielte Förderung solle der Zugang breiter Bevölkerungskreise zu Finanzdienstleistungen verbessert werden – und damit gleichzeitig dem Finanzsektor neue Kundenschaft erschlossen werden (Erturk et al. 2005). Die so genannten subprime-Kredite, die armen US-Haushalten Aussicht auf Hauseigentum verschaffen sollten, und die so genannten Mikrokredite, die durch eine Entfesselung unternehmerischer Initiative Ländern des globalen Südens den Weg aus der Abhängigkeit von Entwicklungshilfe weisen sollten, bildeten die mittlerweile berühmtesten Speerspitzen dieser Entwicklung. Um diese Expansion zu begleiten, sollten die neuen KonsumentInnen mittels Finanzbildung zu mündigen Subjekten gemacht werden, die eine rationale Wahl treffen können und die Macht- und Informationsasymmetrien auf dem Finanzsektor ausgleichen (Schürz/Weber 2005).

Das diesem Konzept zugrunde liegende Verständnis von Demokratie kann als »Marktpopulismus« beschrieben werden. Demnach ist die parlamentarische Demokratie ein Hort von staatlichem Zwang und Korruption, die vorwiegend den Markt stört. Im Markt liegt hingegen die wahre Demokratie, weil dort tagtäglich mittels Kaufentscheidungen unverfälscht darüber abgestimmt wird, was die Leute wirklich interessiert. Durch Ausweitung des Zugangs zu Krediten wird demnach jede/r in die Lage versetzt, an Kapital zu kommen und sich als UnternehmerIn zu erproben, wodurch der Zugang zu Reichtum »demokratisiert« werde (Frank 2001).

2008 machte die Krise die Hoffnung zunichte, soziale Probleme mittels Krediten und Finanzinnovationen zu lösen, und gleichzeitig dem Finanzsektor zu guten Geschäften zu verhelfen. Die Forderung nach Demokratisierung im Finanzwesen erhält nun neue Nahrung, aber mit zwei sehr unterschiedlichen Ausprägungen.

Die eine Variante hält am oben geschilderten Verständnis fest, und identifiziert Banken und Staaten als Störenfriede, die den wahren Markt durch ihr Agieren ver-

fälscht hätten: Banken hätten ihnen anvertrautes Geld im Eigeninteresse verzockt, und Staaten hätten Steuergeld zu deren Rettung ausgegeben, statt Banken für ihre Taten zu bestrafen. Daraus wird geschlossen, es seien Reformen anzustreben, um diese mächtigen, nicht vertrauenswürdigen Intermediäre der Willensbildung auszuschalten, und Marktprozessen besser zum Durchbruch zu verhelfen. Aus dieser Haltung heraus kam es einerseits zu einem Aufblühen einer Reihe von Geldreform-Vorschlägen, die eine Einschränkung der Geldschöpfungsfähigkeit von Banken und Staaten zum Ziel haben (Siedenbiedel 2013). Andererseits wurde die Suche nach Möglichkeiten aufgenommen, ohne Banken auszukommen. Eine Gruppe HackerInnen im Internet ersann etwa das auf dem peer-to-peer Prinzip beruhende private Zahlungs- und Währungssystem Bitcoin, um Zahlungen ohne Zwischenschaltung von Banken und sonstiger Finanzintermediäre abwickeln zu können (Nakamoto 2009). Im Kreditgeschäft breiteten sich Plattformen aus, die unter dem Titel »Crowdfunding« Spenden, Kredite und Eigenkapitalbeiträge zwischen SparerInnen und BetreiberInnen privater Projekte mit Finanzierungsbedarf vermitteln. Was business consultants als Demokratisierung des Finanzwesens propagieren (EC 2013), wurde insbesondere in Österreich vorwiegend als Finanzierungsform für Unternehmen und Projekte bekannt, die sich auf die Verfolgung des Gemeinwohls berufen.

Die zweite Variante sieht demokratische Prinzipien besser in Institutionen verwirklicht, die sich auf parlamentarische Demokratie oder das Prinzip von 1 Mensch = 1 Stimme berufen können, statt in Marktprozessen, wo das Prinzip 1 Euro = 1 Stimme gilt. In diesem Sinne wird die notwendige demokratische Beeinflussung des Finanzsektors eher in Regulierungen und Aufsichtsinstanzen gesehen. Gegenüber früher sollen diese besser demokratische Willensbildung repräsentieren, und der bislang dominierenden Selbstregulierung des Finanzsektors Grenzen setzen. Außerdem wird öffentliches Eigentum an Finanzinstituten als wichtiger Kanal für demokratischen Einfluss auf den Finanzsektor erachtet. Nach dem Debakel zahlreicher formal öffentlicher Banken insbesondere im deutschen Sprachraum in der jüngsten Krise sind Modelle gefragt, die öffentliche Zielsetzungen besser verwirklichen können.

Volker Plass und Mechthild Schrooten debattieren in den folgenden Beiträgen Für und Wider dieser beiden Varianten.

## Literatur

- EC – European Commission (2013) Crowdfunding: Untapping its potential, reducing the risks, European Commission Workshop Brussels, 3 June 2013, Summary of discussion, [http://ec.europa.eu/internal\\_market/conferences/2013/0603-crowdfunding-workshop/docs/minutes\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/conferences/2013/0603-crowdfunding-workshop/docs/minutes_en.pdf) (Zugriff am 22. 11. 2013).
- Erturk, Ismail/ Froud, Julie/ Johal, Sukhdev/ Leaver, Adam/ Williams, Karel (2005) Finanzielle Demokratisierung und finanzielle Allgemeinbildung, in: Kurswechsel 3/2005, 42-54.
- Frank, Thomas (2001) Das falsche Versprechen der New Economy. Wider die neoliberale Schönfärberei, Campus Verlag, Frankfurt/NY.
- Nakamoto, Satoshi (2009) Bitcoin: A Peer-to-Peer Electronic Cash System, <http://bitcoin.org/bitcoin.pdf>, Zugriff am 9. 7. 2013.
- Schürz, Martin/ Weber, Beat (2005) Finanzielle Allgemeinbildung – ein Lösungsansatz für Probleme im Finanzsektor? In: Kurswechsel 3/2005, 55-69.
- Siedenbiedel, Christian (2013) Brauchen wir ein neues Geldsystem? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung 17. 8. 2013.